

RUSSLAND

Übersicht der Änderungen im Bereich des Arbeits- und Migrationsrechts

Ausländische Mitarbeiter von Repräsentanzen ausländischer juristischer Personen können in Russland ohne Arbeitserlaubnis arbeiten

Der entsprechende Gesetzentwurf über die Änderung des Gesetzes „Über die Rechtsstellung von ausländischen Staatsbürgern in der RF“ wurde der Staatsduma der RF zur Erörterung vorgelegt. Es wird erwartet, dass der Gesetzentwurf in der Legislaturperiode der Staatsduma der RF im Herbst in die erste Lesung geht. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass in die Liste der ausländischen Staatsbürger, die in der RF ohne Arbeitserlaubnis arbeiten dürfen, Arbeitnehmer von Repräsentanzen ausländischer juristischer Personen im Rahmen der Anzahl des ausländischen Personals der Repräsentanz, die in der Akkreditierung abgestimmt wurde (in der Regel 5 bis 9 ausländische Arbeitnehmer) aufgenommen werden.

Ausländischen Finanzspezialisten wird die Aufnahme einer Arbeitstätigkeit in Russland erleichtert

Für Banken und Unternehmen des Finanzsektors wird die Einstellung ausländischer Mitarbeiter erleichtert. Der Gesetzesentwurf, mit dem das Genehmigungsverfahren zum Erhalt eines Arbeitsvisums für Finanzspezialisten durch das Benachrichtigungsverfahren ersetzt wird, wird heute der Staatsduma vorgestellt. Fachleute sind davon überzeugt, dass es keinen Anlass gibt, sich Gedanken wegen eines unkontrollierten Zuflusses von Risiko-Managern nach Russland zu machen, da um diese früher oder später noch gekämpft werden müsse.

Nach dem Gesetzesentwurf werden die Arbeitgeber von Finanzunternehmen (Banken, Versicherungs-, Investment- und Verwaltungsgesellschaften, unabhängige Pensionsfonds, professionelle Teilnehmer des Marktes) berechtigt, Ausländer einzustellen, ohne eine Genehmigung des Föderalen Migrationsdienstes (FMD) einzuholen. Sie werden lediglich verpflichtet sein, diesen zu benachrichtigen.

Gegenwärtig müssen ausnahmslos alle russischen Arbeitgeber einmal jährlich beim FMD die Verlängerung der Arbeitserlaubnis ihrer ausländischen Mitarbeiter beantragen. Einigen Banken hat der Migrationsdienst bereits die jährliche Verlängerung der Visa ihrer ausländischen Mitarbeiter mit dem Hinweis verweigert, russische Fachleute unterstützen zu müssen.

Nach Angaben des FMD wurden 2008 insgesamt 4,5 Mio. Arbeitserlaubnisse für ausländische Arbeitnehmer in Russland erteilt. Nach Einschätzung der Behörde aufgrund der Ergebnisse für das erste Halbjahr 2009 wurde die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer um 13 % verringert. Für die ersten vier Monate 2009 wurden Ausländern 395.000 Arbeitserlaubnisse erteilt, was die Zahlen des gleichen Zeitraums im Vorjahr um 30 % unterschreitet.

Ausländischen Händlern wird die Tätigkeit in Russland untersagt

Die Leitung des FMD hat ihre territorialen Behörden, davon in Kenntnis gesetzt, dass sie von der Erteilung von Arbeitserlaubnissen für Ausländer, die Handel betreiben, Abstand nehmen sollen.

Verwaltungsrechtliche Verfolgung in Verfahren wegen Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht

Durch das Föderale Gesetz Nr. 112-FS vom 3. Juni 2009 "Über die Änderung von Artikel 28.7 des Gesetzbuches der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten" ist die Möglichkeit der verwaltungsrechtlichen Verfolgung in Verfahren wegen Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht vorgesehen. Diese Verfolgung findet statt, wenn nach der Feststellung einer Ordnungswidrigkeit eine Begutachtung durchgeführt wird oder andere Prozesshandlungen vorgenommen werden, die mit einem beträchtlichen Zeitaufwand verbunden sind.

RUSSLAND

Übersicht der Änderungen im Bereich des Arbeits- und Migrationsrechts

Durch eine verwaltungsrechtliche Verfolgung, für die mittlerweile ein Zeitaufwand von einem Monat anzusetzen ist, können sämtliche Fragen in Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht vollständig und umfassend geklärt werden.

Ein Geschenk für werdende Mütter – Korrekturen des Arbeitsgesetzbuches

Für den Fall, dass ein befristeter Arbeitsvertrag während der Schwangerschaft abläuft, sieht Art. 261 des Arbeitsgesetzbuches der Russischen Föderation vor, dass der Arbeitgeber verpflichtet ist, den Arbeitsvertrag auf schriftlichen Antrag der Frau und gegen Vorlage einer medizinischen Bescheinigung der Schwangerschaft bis zum Ende der Schwangerschaft zu verlängern.

Der der Staatsduma der Russischen Föderation vorgelegte Gesetzesentwurf gewährt werdenden Müttern noch eine weitere Garantie. So soll die Laufzeit eines befristeten Arbeitsvertrages bei Vorlage einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung wegen Schwangerschaft und Geburt bis zum Ende des Mutterschaftsurlaubes verlängert werden.

Häufig gestellte Fragen

In den Zeiten der Krise nutzen einige Arbeitnehmerinnen die Schwangerschaft als Mittel zum Schutz vor einer möglichen Personalkürzung und Entlassung. Aus diesem Grund sowie wegen der in den letzten Monaten verzeichneten Tendenz zu einem Bevölkerungswachstum in der Russischen Föderation (nach den Angaben des Gesundheitsministeriums der Russischen Föderation) werden häufig Fragen zu den Kosten des Arbeitgebers während des Mutterschaftsurlaubes und des anschließenden Erziehungsurlaubes einer Mitarbeiterin aufgeworfen.

Hierzu verweisen wir auf die aktuelle Höhe der zu leistenden Zahlungen:

- Mutterschaftsgeld, das ausgehend vom durchschnittlichen Gehalt berechnet wird, allerdings höchstens RUR 25.390 (ca. EUR 565) pro Monat beträgt;
- einmalige Zahlung bei der Geburt oder Adoption eines Kindes in Höhe von RUR 9.990 (ca. EUR 220);
- monatliches Erziehungsgeld für ein Kind bis zu 1,5 Jahren in Höhe von 40 % des durchschnittlichen Gehalts, höchstens jedoch RUR 7.492 (ca. EUR 166) im Monat.

BEITEN BURKHARDT • RECHTSANWALTSGESELLSCHAFT mbH

TURCHANINOV PER. 6/2 · 119034 MOSCOW · TEL.: +7 495 2329635 · FAX: +7 495 2329633
ANNA BAYDA · ANNA.BAYDA@BBLAW.COM · IVAN BERDINSKIKH · IVAN.BERDINSKIKH@BBLAW.COM
WWW.BEITENBURKHARDT.COM